

Attacke auf die Energiewende – Altmaiers Ausbaubremse

In Kürze: Die Minister Altmaier und Rösler haben gemeinsame Vorschläge für eine sogenannte Strompreisbremse vorgelegt. Doch die ist eigentlich eine Ausbaubremse für die erneuerbaren Energien und somit ein Energiewendestopp.

Worum es eigentlich geht, hat Bundesumweltminister Altmaier am 20.02.2013 im FAZ-Interview deutlich gemacht, als er die Kosten der Energiewende bis 2030 mit einer Märchenrechnung auf 1 Billion Euro geschätzt hat. Die Zahl ist als Schockerzahl frei gegriffen, durch keinerlei seriöse Berechnungen unterlegt und dient einfach zur Denunziation der Energiewende. Sie ist die propagandistische Unterstützung des Versuchs, den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien abubrechen.

Die Vorschläge von Altmaier und Rösler:

- **Deckelung der EEG-Umlage:** Altmaier und Rösler wollen die EEG-Umlage deckeln. Aus der Umlage erhalten die Betreiber von Ökostromanlagen die Differenz zwischen ihren Erzeugungskosten und dem Verkaufserlös des Stroms, also dem Preis, den sie an der Börse erzielen. Die Höhe der EEG-Umlage hängt also ganz wesentlich von der Höhe des Börsenstrompreises ab. Dieser Börsenstrompreis sinkt zurzeit. Grund ist die Einspeisung von immer mehr Ökostrom und der extrem niedrige Preise für CO₂-Zertifikate. Das treibt die EEG-Kosten in die Höhe, unabhängig davon, ob neue Ökostromanlagen gebaut werden oder nicht. Das weiß auch Altmaier, doch er will dagegen nichts unternehmen. Die Deckelung der Umlage kann folglich dazu führen, dass der Umlagepotopf durch Vergütungen für bestehende Anlagen ausgeschöpft wird und für neue Anlagen kein Geld mehr bleibt. Damit käme der Ausbau erneuerbarer Energien zum Erliegen.
- **Vergütungskürzungen für Neuanlagen:** In dem Papier sind unter verschiedenen Schlagworten gleich mehrfache, massive Kürzungen für Neuanlagen im EEG verankert. Sie alle führen zu einem Rückgang von Neuinvestitionen oder sogar zum Neubaustopp. Die Vergütung für neue Windkraftanlagen an Land würde ab dem 1. August 2013 gleich dreifach gekürzt, insgesamt um mehr als 2,5 ct/ kWh (0,16 ct durch 5-Monatsregelung, 2 ct durch Absenkung auf 8 ct und Streichung der Boni sowie 0,3 ct durch Direktvermarktung). Damit würde ausgerechnet die preiswerteste EE-Quelle weggekürzt. Das ist energiepolitisch und ökonomisch unsinnig. Hart getroffen würden auch die Offshore-Projekte, die unter den neuen Bedingungen keine Chance auf eine Bankenfinanzierung hätten.
- **Kürzungen bei Bestandsanlagen:** Mit dem so genannten „EEG-Soli“ soll die Vergütung aller Anlagen nachträglich um 1,5 % gekürzt werden. Damit wird der Vertrauensschutz für Investoren zerstört. Dieser Griff in die Bestandsanlagen wird die Kreditgeber dazu veranlassen, deutlich höhere Risikozuschläge zu erheben. Einmal einge-

führt, würde diese Kürzung mit Sicherheit nach einem Jahr nicht wieder rückgängig gemacht werden. Unterm Strich erhöht das die Kosten des Ausbaus, da die Kapitalgeber ihre Risikozuschläge erhöhen werden.

- **Abschmelzen der Industrieprivilegien:** Viele Industrieunternehmen sind von der EEG-Umlage befreit. Bei manchen macht das Sinn, da sie sehr energieintensiv sind und im internationalen Wettbewerb stehen. Unter Schwarz-Gelb aber ist die Zahl dieser befreiten Unternehmen extrem angewachsen. Damit steigt die EEG-Umlage für alle anderen Stromkunden, kleine und mittlere Unternehmen sowie alle Privathaushalte. Altmaier und Rösler gehen an diese Industrieprivilegien nicht wirklich ran. Sie wollen sie nur um 700 Mio. Euro eindämmen. Schwarz-Gelb hält damit an seiner Klientelpolitik zu Lasten der normalen Stromverbraucher fest. Von den rund 4 Mrd. Euro, die wir Grüne insgesamt sparen wollen, könnten allein 1,8 Mrd. Euro durch eine angemessene Beteiligung der Industrie erreicht werden.

Die sogenannte „Strompreisbremse“ ist also in Wahrheit eine „Ausbaubremse“. Sie hält an der unsozialen Kostenbelastung zugunsten der Industrie fest. Und sie führt zu Entlassungen und zahlreichen Insolvenzen in der Erneuerbaren-Branche. Die Maßnahmen der Merkel-Koalition führen insbesondere bei Offshore und in Süd- und Mitteldeutschland dazu, dass neue Anlagen wegen der dort geringeren Erträge und des höheren Risikos nicht mehr rentabel sind.

Das Ergebnis: Privathaushalte und Mittelstand zahlen weiter für die ausufernde Befreiung der Industrie von der EEG-Umlage. Zudem würde der Ausbau der Erneuerbaren zugunsten des alten Kohle- und Atomstroms angehalten. Die Klimaziele Deutschlands werden so geopfert und letztlich sogar der beschlossene Atomausstieg wieder in Frage gestellt.

Märchenpeters Rechenstunde:

- Um die Energiewende zu denunzieren, rechnet Peter Altmaier die Kosten in der FAZ vom 20.2.2013 über 30 Jahre hoch. Er kommt über einige nicht nachvollziehbare Rechenschritte auf die Märchenzahl von 1 Billion Euro und behauptet, seine Maßnahmen brächten eine Einsparung von 300 Milliarden Euro.
- Die Billion ist willkürlich gegriffen. Sie ignoriert, dass Ökostrom künftig stetig günstiger wird und setzt voraus, dass sich am EEG nicht das Geringste ändert. Komplett gegriffen ist auch die Summe von 320 Mrd., mit denen Altmaier die 680 Mrd., die er für die Einspeisevergütung ansetzt, zur Billion auffüllt. Er behauptet, dazu summierten sich die „Kosten für den Netzausbau, für die Sicherstellung der Reservekapazitäten, für Forschung und Entwicklung, bis hin zur Elektromobilität und energetischen Gebäudesanierung.“ Diese Berechnung hat keinerlei Grundlage in irgendwelchen Studien oder Kalkulationen.
- Bei der Berechnung der Billion hat Altmaier auf die Gegenrechnung des Ertrages der Energiewende verzichtet. Nach einer solchen Rechnung müsste Deutschland bis 2030 fast 16,5 Billionen Euro für Brennstoffimporte ausgeben. Die Erneuerbaren Energien würden in diesem Zeitraum mehr als 10 Billionen Euro Energieimporte vermeiden. Die Erneuerbaren sparen also viel mehr als sie kosten.

- Auch die Einsparung von 300 Mrd. Euro durch seine „Strompreisbremse“ ist aus dem Hut gezaubert. Gegen Einsparungen ist nichts zu sagen, aber Altmaiers Kalkulation basiert auf einem Zusammenbruch des Ökostromausbaus. Seine Rechnung ist ein Taschenspielertrick.

Grüne Antworten:

- **Wir Grüne haben einen Vorschlag vorgelegt, mit dem ca. 4 Mrd. Euro im EEG eingespart werden können, ohne den Ökostromausbau auszubremsen.** Diese Einsparungen setzen sich wie folgt zusammen: 1,8 Mrd. Euro durch Rückführung der Industrieausnahmen und Erhöhung des Mindestbeitrags. 0,3 Mrd. durch Veränderung der Eigenstromregelung, 1,2 Mrd. durch Abschmelzung der unnötigen Liquiditätsreserve. 0,3 Mrd. durch Abschaffung der Managementprämie. 0,5 Mrd. durch Rücknahme der Befreiungen bei den Netzentgelten. Damit entlasten wir die Stromverbraucher um ca. 2,4 Mrd. MEHR als Altmaier/Rösler.
- Wir stehen für eine faire Kostenverteilung bei den Strompreisen! Die Industrie muss wesentlich stärker am Ökostromausbau beteiligt werden. Das brächte alleine rund 1,8 Mrd. Euro Einsparung. Altmaier und Rösler bieten hier nur Ankündigungen ohne Substanz.
- Wir stehen für die Stabilität bei der Energiewende! Wir wollen die Investitionssicherheit für die Erneuerbaren-Branche und die vielen Bürgerinnen und Bürger, die ihr Geld in Ökostromanlagen investieren wieder herstellen und absichern, damit der Ausbau erneuerbarer Energien zügig weitergeht. Bei der EEG-Vergütung wollen wir „intelligent“ sparen, - also nur da, wo es sich lohnt und den Ausbau nicht abwürgt -, etwa durch eine Senkung der überhöhten Vergütung bei Windanlagen an guten Standorten.

Die Bundesregierung wird voraussichtlich im März mit den Bundesländern darüber verhandeln. Wir Grüne werden uns mit voller Kraft dafür einsetzen, die schwarz-gelbe Merkel-Koalition vom Anschlag gegen die Energiewende abzubringen.